



Flossbach von Storch
RESEARCH INSTITUTE

WIRTSCHAFT & POLITIK 08/10/2025

Staatsversagen statt Marktversagen – Wie es dazu kommen konnte

THOMAS MAYER

Zusammenfassung

Seit nicht mehr zu übersehen ist, dass es der Staat ist, der versagt, ist es um das „Marktversagen“ still geworden. Dabei haben die Theoretiker des Marktversagens die heillose Überforderung des Staates selbst heraufbeschworen. Die Misere hat viele Väter, von den Liberalen bis zu den Sozialisten. Man sollte sie kennen, um besser zu verstehen, wie es zum umfassenden Staatsversagen kommen konnte und wie die Misere überwunden werden kann.

Abstract

Now that it is impossible to ignore that it is the state that is failing, there has been little talk of “market failure.” Yet it was the theorists of market failure who brought about the hopeless overburdening of the state itself. The misery has many fathers, from liberals to socialists. It is important to be aware of them in order to better understand how this comprehensive state failure came about and how the misery can be overcome.



Vor nicht allzu langer Zeit hörte man viel vom „Marktversagen“. Gemeint war damit, dass der Markt von Natur aus Schwachstellen hätte, die vom Staat korrigiert werden müssten. Seit jedoch nicht mehr zu übersehen ist, dass es der Staat ist, der versagt, ist es um das „Marktversagen“ still geworden. Dabei haben die Theoretiker des Marktversagens die heillose Überforderung des Staates selbst heraufbeschworen. Die Misere hat viele Väter, von den Liberalen bis zu den Sozialisten. Man sollte sie kennen, um besser zu verstehen, wie es zum umfassenden Staatsversagen kommen konnte und wie die Misere überwunden werden kann.

1. Von der Krise des Liberalismus zum Neoliberalismus

Der Neoliberalismus entstand in den 1930er Jahren als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 und die von vielen wahrgenommene Schwäche des klassischen Laissez-faire-Liberalismus. Im Jahr 1938 traf sich eine Gruppe führender liberaler Denker in Paris zur sogenannten Colloque Walter Lippmann, unter ihnen Walter Eucken, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke.¹ Diese Denker kritisierten sowohl den ungebremsen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts als auch den zunehmenden Staatsinterventionismus ihrer Zeit. Selbstkritisch diagnostizierten sie ein zu großes Vertrauen in den freien Markt und schlugen eine überwachte Marktwirtschaft vor, in welcher der Staat den Wettbewerb hüten und bei Marktversagen (zum Beispiel durch die Schaffung von Kartellen) eingreifen sollte. Die Einschränkung des Liberalismus nannten sie „Neoliberalismus“. Der Begriff war ursprünglich als ‚Neuer Liberalismus‘ gemeint – als Versuch, den Liberalismus zu reformieren und zu retten, nicht ihn abzuschaffen. Heute wird er meist falsch als Bezeichnung für einen entfesselten Kapitalismus verwendet.

Aus dem Konzept des Neoliberalismus entwickelte sich ein weiterführender Ausbau der Rolle des Staates im „Ordoliberalismus“ - maßgeblich geprägt durch Walter Eucken und die Freiburger Schule (zu der auch Ludwig Erhard, der „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“, gehörte). Dort sollte der Staat eine Ordnung für fairen Wettbewerb schaffen, Monopole verhindern und für sozialen Ausgleich sorgen. Er sollte nicht direkt in die Wirtschaft eingreifen, aber als Ordnungsmacht wirken. Mit der zunehmenden Regulierung, Bürokratisierung und Umverteilung von Einkommen im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“ wurde der Staat jedoch über die Zeit selbst zur Quelle ökonomischer Verzerrungen, eine Entwicklung, die nicht im Sinne der Ordoliberalen sein konnte.

¹ Das Kolloquium wurde nach dem amerikanischen Journalisten und politischen Philosophen Walter Lippmann benannt, weil dessen Buch *The Good Society* (1937) der unmittelbare Anlass und intellektuelle Ausgangspunkt der Tagung war. Lippmann kritisierte darin sowohl den ungebremsen Laissez-faire-Kapitalismus als auch den autoritären Etatismus der Zwischenkriegszeit. Er forderte eine Erneuerung des Liberalismus, der den Markt zwar als zentrale Koordinationsinstanz anerkennt, aber in einer rechtlich-ethischen Ordnung eingebettet sein müsse.



2. Keynes und die Globalsteuerung der Wirtschaft

Ebenfalls unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise entwickelte John Maynard Keynes mit seiner im Jahr 1936 veröffentlichten *General Theory of Employment, Interest and Money* eine völlig neue Sicht auf makroökonomische Zusammenhänge. Keynes brach mit der Annahme der Selbstregulierung des Marktes und plädierte für eine aktive Rolle des Staates, um durch Fiskalpolitik – insbesondere kreditfinanzierte Ausgaben („deficit spending“) – Nachfrageausfälle in Krisenzeiten auszugleichen. Die von ihm inspirierte Idee der Globalsteuerung zielte auf eine antizyklische Stabilisierungspolitik ab, die Arbeitslosigkeit bekämpfen und Wachstum sichern sollte.

Diese keynesianische Doktrin prägte die Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer bis in die 1970er Jahre. Mit der Stagflation jener Zeit zeigte sich jedoch die Grenze staatlicher Steuerungsfähigkeit – ein Scheitern, das Friedrich August von Hayek in seinem Essay *The Use of Knowledge in Society* theoretisch schon 1945 erklärt hatte. Der Versuch, die komplexe Informationsverteilung der Märkte zentral zu erfassen, war epistemologisch unmöglich.

Dennoch lebt der keynesianische Anspruch, die Wirtschaft steuern zu können, bis heute uneingeschränkt fort. Die Zentralbanken haben die Aufgabe übernommen, mit ihrer Geldpolitik die Wirtschaft so zu führen, dass das reale Bruttoinlandsprodukt mit seiner Potenzialrate wächst und die Konsumentenpreis-inflation an der Zielmarke von genau zwei Prozent verharrt. Obwohl sie weder die Konsumentenpreis-inflation dauerhaft in den Griff bekommen konnten und mit extravaganten geldpolitischen Maßnahmen Vermögenspreiszyklen kreierte haben, halten sie unverbrüchlich daran fest.

3. Vom Markt zur Planwirtschaft – Der sowjetische Sonderweg

Nach der Oktoberrevolution 1917 führte Lenin mit der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) ab 1921 marktwirtschaftliche Elemente ein, um die am Boden liegende Wirtschaft nach Bürgerkrieg und Kriegskommunismus zu stabilisieren. Bauern durften wieder einen Teil ihrer Erträge frei verkaufen, kleine Betriebe wurden privatisiert, während Schlüsselindustrien unter staatlicher Kontrolle blieben. Der Wirtschaft ging es besser.

Die wirtschaftliche Atempause endete jedoch abrupt mit Stalins Machtübernahme im Jahr 1928. Er führte die Kollektivierung der Landwirtschaft ein und ersetzte den Markt vollständig durch eine zentrale Planwirtschaft. Preise, Produktionsmengen und Ressourcenflüsse wurden nun durch staatliche Fünfjahrespläne bestimmt. Diese Form der Wirtschaftslenkung führte zu katastrophalen Fehlallokationen, massiven Hungersnöten und langfristig zur strukturellen Ineffizienz der sowjetischen Wirtschaft. Das spätere Scheitern des Sowjetimperiums war auch das Scheitern der Idee, ökonomische Komplexität zentralistisch beherrschen zu können.



Dessen ungeachtet lebt die Idee der Zentralplanung nicht nur in Schurkenstaaten wie Venezuela und Nordkorea fort.

4. Das Scheitern der Wissensanmaßung

Alle Versuche, den Markt zu bändigen oder zu ersetzen, offenbaren ein gemeinsames Problem: die Anmaßung von Wissen. Friedrich von Hayek beschrieb in seinem 1988 erschienenen Werk *The Fatal Conceit*, dass staatliche Planung zwangsläufig daran scheitern müsse, dass sie glaubt, über vollständige Information zu verfügen. Wirtschaftliche Informationen sind jedoch dezentral verteilt, und nur der Preismechanismus kann sie effektiv koordinieren. Der Versuch, diese Ordnung politisch zu überformen, führt zu Bürokratie, Fehlanreizen und Innovationshemmnissen. Das Ergebnis ist kein funktionierender Sozialstaat, sondern eine Überforderung der Verwaltung, die sich selbst perpetuiert.

Besonders deutlich wird dies heute in der Europäischen Union. Dort behindert eine am neoklassischen Ideal der vollständigen Konkurrenz orientierte, „vorausschauende“ Wettbewerbspolitik² der EU-Kommission Innovationen, die von der Suche der Unternehmer nach einer zeitweiligen Monopolrente für neue Produkte und Prozesse angetrieben werden. Im Namen der Klimapolitik und sozialen Verantwortung werden bürokratische Monster wie die „Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung“, das „Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz“ oder die „Datenschutzgrundverordnung“ erlassen, die die Wirtschaft lähmen.³ Auf nationaler Ebenen werden im Namen der sozialen Gerechtigkeit unbezahlbare Sozialsystem geschaffen, die – wie die Beispiele Frankreichs und Deutschlands zeigen – die Wirtschaft auf die Knie zwingen.

5. Der Primat des Marktes in der Österreichischen Schule

Die Österreichische Schule, vertreten durch Ludwig von Mises, Friedrich von Hayek und Carl Menger, sieht den Markt als Entdeckungsverfahren, in dem dezentrales Wissen genutzt wird, um Innovation und Wohlstand zu schaffen. Der Markt ist kein mechanisches System, sondern ein spontaner Ordnungsprozess, der auf freiwilligem Austausch und Eigentum basiert. Planwirtschaft und dirigistische Politik zerstören diese spontane Ordnung. Am eindrucksvollsten wurde der Beweis dafür im Fall des Sowjetimperiums erbracht. Aber auch die Fehlleistungen der keynesianischen Globalsteuerung, die in der Fiskalpolitik zu einer bedrohlichen

² Die „vorausschauende“ Wettbewerbspolitik der EU will jeden Markt regeln, noch bevor er sich etabliert hat. So ist die EU Pionier in der Regelung künstlicher Intelligenz, obwohl es in der EU kaum Unternehmen gibt, die auf diesem Gebiet aktiv sind.

³ Dabei schafft die Überlappung der Direktiven und überzogene Umsetzung in den Nationalstaaten – vor allem in Deutschland – zusätzlichen Aufwand (siehe Stefan Beutelsbacher, „Im Dickicht der Direktiven“, *Welt* am Sonntag vom 5. Oktober 2025). Gegen den Abbau stemmen sich Bürokraten in den verschiedenen Abteilungen der EU-Kommission und den Nationalstaaten, die ihre Karriere mit den Verordnungen verbinden.



Staatsverschuldung und in der Geldpolitik zu Vermögenspreisblasen beigetragen hat, zeugen davon. Und sogar die in Deutschland viel gepriesene Ordnungspolitik stört die spontane Ordnung, wenn sie den Markt nach dem neoklassischen Ideal der vollständigen Konkurrenz staatlich konstruieren will, bei dem die Unternehmen im Gleichgewicht keinen Gewinn mehr erwirtschaften sollen.⁴

Die Einsichten der Österreichische Schule inspirierten in den 1980er-Jahren die Reformen von Ronald Reagan in den USA und Margret Thatcher in Großbritannien. Sie finden heute deutlichen Widerhall in der Politik von Javier Milei in Argentinien. Milei setzt auf radikale Deregulierung, die Reduktion staatlicher Ausgaben und eine harte Geldpolitik, um Inflation und Korruption zu bekämpfen. Seine Maßnahmen sind inspiriert von Hayeks Ideal der Freiheit als Voraussetzung wirtschaftlicher Ordnung. Die seit seinem Amtsantritt Ende 2023 erzielten Erfolge bestätigen seinen Kurs. Ob er sich gegen die Beharrungskräfte der peronistischen Reaktionäre durchsetzen kann, hängt jedoch davon ab, ob er die Wähler auch weiterhin von seiner Politik überzeugen kann.⁵

Entbürokratisierung durch Deregulierung, Eindämmung des Sozialstaats, Steuerensenkungen und die Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben spielen auch eine Rolle in der Wirtschaftspolitik der Administration von Donald Trump in den USA. Doch steht dem die Vorliebe Trumps für Zölle und sein erratischer Regierungsstil gegenüber. Ob Trump als Erneuerer der Marktwirtschaft oder Zerstörer des liberalen Rechtsstaats in die Geschichte eingehen wird, ist derzeit völlig offen.

6. Deutschland zwischen Reformangst und Protest

Bundeskanzler Friedrich Merz hat einen „Herbst der Reformen“ versprochen, doch seine Politik bleibt zögerlich. Bürokratieabbau, Steuervereinfachung und Sozialstaatsreform werden zwar angekündigt, aber die Ankündigungen bestehen meist aus nur milden Korrekturen, die dann nicht einmal zeitnah umgesetzt werden. Das Vertrauen in den Markt als staatlichen Eingriffen überlegenes Koordinationsinstrument wirtschaftlichen Handelns ist in Deutschland weitgehend verloren gegangen.

⁴ Allerdings gibt es Überlappungen zwischen der Österreichischen Schule und der Ordnungspolitik. Friedrich von Hayek nahm am Lippmann-Kolloquium teil und sah eine Rolle für den Staat als Bewahrer von Regeln für Wirtschaft und Gesellschaft, die über die Zeit zur Schaffung der größtmöglichen Freiheit des Einzelnen gewachsen sind. Dagegen stand Ludwig von Mises, der nicht an dem Kolloquium teilnahm, dem Staat grundsätzlich skeptisch gegenüber und wollte diesen minimieren. Im Jahr 1947 gründete Hayek die Mont-Pelerin-Gesellschaft, in der sowohl „Marktradikale“ wie von Mises und Milton Friedman als auch Ordnungspolitiker wie Walter Eucken vertreten waren.

⁵ Am 26. Oktober 2025 finden Zwischenwahlen für beide Kammern des Parlaments statt. Mileis Chance für eine deutliche Mehrheit im Parlament für seine Reformen werden durch Korruptionsvorwürfe in seinem Umfeld und die Niederlage gegen die Peronisten in der Regionalwahl am 7. September in der bevölkerungsreichsten Provinz Buenos Aires gemindert.



Mit der Unterdrückung der kontinuierlichen Anpassung durch die Kräfte des Marktes kam es zum Problemstau, der nun nur noch durch eine größere Disruption gelöst werden kann.

Die Folge ist politische Apathie und der Aufstieg der AfD, die aus Protest gegen den Stillstand gewählt wird. Die Wähler spüren zwar, dass grundlegende Veränderungen nötig sind, damit der Wohlstand bewahrt werden kann, aber sie erhalten keine Antwort von der politischen Klasse, wie diese Veränderungen aussehen müssen. Diese Entwicklung spiegelt eine tieferliegende Krise wider: die Unfähigkeit der politischen Klasse, wirtschaftliche Freiheit als Quelle gesellschaftlicher Erneuerung zu begreifen.

7. Fazit

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt, dass die Versuche des Staates, den Markt zu steuern oder zu ersetzen, stets im Staatsversagen endeten. Wenn der Staat sich Wissen anmaßt, das er nicht haben kann, ist dieses Versagen zwangsläufig und umso größer, je umfassender der Staat in den Markt eingreift. Die Wiederentdeckung des Marktes als Ordnung spontaner Kooperation ist daher keine Ideologie, sondern eine ökonomische Notwendigkeit. Wer Freiheit und Wohlstand bewahren will, muss den Mut haben, den Staat auf seine Kernaufgaben zu beschränken – Recht, Sicherheit und Eigentumsschutz – und den Rest den Kräften des Marktes zu überlassen.

Literaturverzeichnis

- Eucken, W. (1952). Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hayek, F. A. (1945). The Use of Knowledge in Society. *American Economic Review*, 35(4), 519–530.
- Hayek, F. A. (1988). *The Fatal Conceit: The Errors of Socialism*. University of Chicago Press.
- Keynes, J. M. (1936). *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London: Macmillan.
- Lenin, V. I. (1921). Über die Neue Ökonomische Politik (NEP). *Werke*, Bd. 33.
- Lippman, W. (1937). *The Good Society*.
- Mises, L. von (1949). *Human Action: A Treatise on Economics*. New Haven: Yale University Press.



- Rüstow, A. (1942). Ortsbestimmung der Gegenwart. Basel: Verlag Helbing & Lichtenhahn.
- Röpke, W. (1944). Civitas Humana. Erlenbach-Zürich: Rentsch.
- Stalin, J. (1929). Über die Industrialisierung des Landes. Moskau: Verlag der Kommunistischen Akademie.
- Milei, J. (2022). El camino del libertario. Buenos Aires: Editorial Planeta.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch SE dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch SE selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch SE. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch SE nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch SE

© 2025 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch SE, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *geschäftsführende Direktoren* Dr. Bert Flossbach, Dr. Tobias Schafföner, Dr. Till Schmidt, Marcus Stollenwerk; *Vorsitzender des Verwaltungsrats* Kurt von Storch; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 120 796 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Prof. Dr. Thomas Mayer; *Redaktionsschluss* 06. Oktober 2025